

Zahnsteiner Tageblatt

Bezugs-Preis,
durch unsere Boten in's
Haus gebracht, monatlich
1.— Mk., bei der Post ab-
geholt vierteljährlich 2.70 Mk.

Kreisblatt für den
Einziges amtliches Veröffentlichungs-
Geschäftsstelle: Hochstraße Nr. 8.



Kreis St. Goarshausen
blatt sämtlicher Behörden des Kreises.
Gegründet 1863. — Fernsprecher Nr. 38.

Erscheint täglich
werktags. — Anzeigenpreis
die einspaltige kleine Zeile
20 Pfg., auswärtige An-
zeigen 25 Pfg.

Nr. 130. Druck und Verlag: Buchdruckerei Fr. Schidel (Inh. Frh. Robt. Oberlahnstein). Montag, den 23. Juni 1919. Verantwortlich: Schriftleiter Frh. Robt. Oberlahnstein. 57. Jahrgang.

Der Friede gesichert!

Weimar, 22. Juni. Die Nationalversammlung hat in ihrer heutigen Sitzung die bedingungslose Unterzeichnung der Friedensbedingungen mit 237 gegen 138 Stimmen bei fünf Stimmenthaltungen beschlossen und im Anschluß daran der Regierung mit 236 gegen 89 Stimmen bei 68 Stimmenthaltungen das Vertrauen ausgesprochen. Im letzten Falle haben sich die Demokraten ihrer Stimme enthalten. Im übrigen besteht die Mehrheit aus Sozialisten, Zentrum und einem Teil der Demokraten; für die bedingungslose Annahme der Friedensbedingungen haben auch die Unabhängigen gestimmt.

Die Nationalversammlung für den Frieden.

Weimar, 22. Juni. Das Haus ist stark besetzt. Die Tribünen sind überfüllt.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung kurz nach 12¼ Uhr. Tagesordnung: Entgegennahme einer Erklärung der neuen Reichsregierung.

Reichsminister Bauer: Als Mitglied der bisherigen Regierung kann ich deren Tätigkeit keine Anerkennung zollen. Wohl aber kann ich den ausscheidenden Mitgliedern, insbesondere dem Ministerpräsidenten Scheidemann, Worte warmen Dankes für ihre hingebende und aufopferungsvolle Tätigkeit nicht versagen, ebenso der Friedensdelegation. (Beifall links.)

Der Rücktritt des alten Kabinetts erfolgte, weil sich die Ansichten über den Friedensentwurf stark gegenüberstanden, aber nicht betreffs nach Parteien, sondern getrennt nach dem Verantwortungsgefühl jedes einzelnen Ministers. Unendlich schwer war für uns alle der Entschluß der neuen Regierung beizutreten, deren erste und letzte Aufgabe es sein muß, den Unrechtsfrieden abzuschließen. Die Not von Land und Volk haben uns zusammengeführt. Die Zeit der Erwägungen und Abwägungen ist vorüber. Die Stunde des Handelns ist gekommen und damit die Stunde der Verantwortung. An dieser Verantwortung trägt jeder von Ihnen sein Teil. Die Reichsregierung ist sich vollkommen bewußt, daß die Zustimmung Ihrer Mehrheit sie wohl im demokratischen Sinne entlasten kann, aber sie weiß ebenso, daß sie vor Volk und Geschichte nur eine wahrhafte Rechtfertigung erhalten kann, wenn sie rückhaltlos nach Prüfung der Sachlage aus Verantwortung entscheidet und nicht nach den Stimmungen schießt.

Glauben Sie mir, wir hoffen, in diesem Sinne geprüft und entschieden zu haben angesichts der Gegner und der Zukunft unseres Volkes und unter der notwendigen Berücksichtigung des Willens der Nationalversammlung. In einem Sinn sind wir alle einig: in der schärfsten Verurteilung des uns vorgelegten Friedensvertrages, zu dem wir unter unerhörtem Zwang unsere Zustimmung geben sollen. Am Montagabend soll der Krieg aufs neue beginnen, wenn nicht unser Ja gegeben wird. Es soll der Vormarsch beginnen, zu dem jedes Mordinstrument bereitliegt, gegen ein wehrloses und waffenloses Volk, das nur zwei Gebote kennt: nach außen wiedergutmachen und nach innen seine im Zusammenbruch stehende Freiheit aufzubauen.

daß wir den Artikel des Friedensvertrages, der von Deutschland fordert, sich als alleinigen Urheber des Krieges zu bekennen, nicht annehmen können und durch die Unterschrift nicht decken. Ebenfalls kann es ein Deutscher mit seiner Würde und Ehre vereinbaren, die Artikel anzunehmen und auszuführen, in denen Deutschland zugemutet wird, Angehörige des deutschen Volkes zur Aburteilung auszuliefern. Deshalb werden wir Vollmacht zur Unterzeichnung in folgender Form finden:

Die Regierung der deutschen Republik ist bereit, den Frieden zu unterzeichnen, ohne damit jedoch anzuerkennen, daß das deutsche Volk der Urheber des Krieges sei und ohne eine Verpflichtung nach Artikel 227 bis 230 des Friedensvertrages zu übernehmen.

Präsident Fehrenbach: Es sind zwei Anträge eingegangen. Der erste Antrag Schulz (Soz.) und Gröber (Zentrum):

„Die Nationalversammlung billigt die Erklärung der Regierung und spricht ihr das Vertrauen aus“.

Der zweite Antrag:

„Die Nationalversammlung billigt die Haltung der Regierung in der Frage der Unterzeichnung des Friedensvertrages.“

Die Abstimmung ergab obiges Resultat.

Durch den Beschluß der Nationalversammlung, die Friedensbedingungen des Verbandes bedingungslos anzunehmen, ist der Friede wenn auch nicht formell, so doch tatsächlich geschlossen. Wir hatten uns einst das Ende des ungeheuren Böferrings anders gedacht. Es werden keine Glöden in Deutschland läuten; die Fahnen, die so manchen ruhmreichen Sieg begrüßt haben, werden weiter in der Kampfkammer verstauben. Nach dem kleinlichen Parteihader, welcher der Bildung eines neuen Kabinetts und dem Beschluß der Nationalversammlung voranging bleibt uns nicht einmal der Trost, daß alle berufenen Vertreter des deutschen Volkes ein grausam hartes Geschick mit Würde zu tragen gewußt haben. Jeder Deutsche, dem ein Rest von Stolz und Anstand geblieben ist, muß wenigstens das eine hoffen und fordern, daß die Abstimmung in dieser schicksalsschweren Stunde künftig nicht als Waffe im Parteikampf benutzt werden wird. Von zwei Uebeln galt es das kleinere zu wählen; es war eine Frage des tüchtigen politischen Urteils und nicht der patriotischen Gesinnung, ob Deutschland allen drohenden Schrecken zum Trotz einen demütigenden von vielen Sachverständigen als unannehmbar bezeichneten Frieden ausschlagen und von der kommenden Entwicklung der Dinge einen Umschwung zu seinen Gunsten erwarten oder ob es der Gewalt weichen und die Friedensbedingungen annehmen sollte.

Nach unserm Ermessen waren die Spekulationen auf eine Besserung der Lage im Falle der Zurückweisung so nebelhaft, die Nachteile der Zurückweisung dagegen so gewiß und unmittelbar, daß es keinen Erfolg versprach, einem zermürdeten von inneren Zwisten zerfissenen, der eigenen Kraft mangelnden Volk eine weitere, furchtbare Leidenszeit ohne bestimmte Aussicht auf einen Lohn aller Leiden zugumuten. Die Mehrheit der Nationalversammlung ist der gleichen Ansicht gewesen; immerhin hat eine statliche Minderheit es nicht über sich gebracht, der Annahme der Bedingungen zuzustimmen, indem sie davon ausging, daß selbst ein Wiederaufleben des Kriegszustandes uns Schlimmeres nicht bringen könne als ein solcher Friede.

Vieles lassen die Friedensbedingungen des Verbandes in der Schwebelage, aber die politische und wirtschaftliche Zukunft Deutschlands läßt sich jetzt doch zuverlässiger beurteilen als vorher. Sie ist dunkel wie die Nacht; nur ein Stern leuchtet und leitet uns, die Pflicht. Unsere Pflicht gebietet möglichst wenig zu reden und entschlossen zu handeln, nicht in Parteipolitik aufzugehen, nicht selbstlichem Vorteil kurzfristig nachzugehen, sondern dem Ganzen zu dienen, der Aufrichtung unseres zerschmetterten Vaterlandes.

Das Kabinett Bauer.

Verhandlungen mit den Demokraten.

Weimar, 20. Juni. Von Seiten des Zentrums und der Sozialdemokratie, namentlich aber auch von dem Reichspräsidenten Ebert, ist heute während des ganzen Tages auf die Demokraten ein schwerer Druck ausgeübt worden, um sie zu veranlassen, in die Koalitionsregierung mit einzutreten. Es ist ihnen gesagt worden, daß ein Fernbleiben der Demokraten jede Kabinettsbildung zum

Scheitern bringen und den Bürgerkrieg herbeiführen würde. Diesem Druck haben sich die Demokraten nicht widersetzen können und haben heute Abend eine Entschließung angenommen, in der sie folgendes sagen:

Sie würden den Friedensvertrag mit der Maßgabe unterzeichnen, daß folgende sechs Punkte noch vor der Unterzeichnung erledigt werden: 1. soll erreicht werden, daß wir kein Schuldbekenntnis ablegen; 2. daß keinerlei deutsche Persönlichkeiten ausgeliefert werden; 3. Danzig, Westpreußen und der Regesbistritz sollen unter die Verwaltung des Völkerbundes kommen; 4. nach zwei Jahren soll eine obligatorische Revision des ganzen Friedensvertrages vorgenommen werden; 5. wenn in den finanziellen Fragen innerhalb der vorgesehene Frist von vier Monaten keine Einigung erzielt ist, dann wird die Entscheidung einer dritten unparteiischen Instanz übertragen. 6. Deutschland soll am 1. Januar 1920 in den Völkerbund aufgenommen werden.

Weiter haben die Demokraten noch einige Erleichterungen verlangt insbesondere hinsichtlich der Besetzung der Rheinlande, und schließlich verlangen sie, daß ein scharfer Protest erfolgt gegen den Zwang, der uns bei der Unterzeichnung auferlegt wird. Falls in den erwähnten Punkten ein Nachgeben des Verbandes erzielt werde, wollen die Demokraten sich wieder an dem neuen Kabinett beteiligen. Diese Bedingungen werden noch heute dem Verbands übermittelt werden.

Berlin, 21. Juni. Das erste Kabinett Bauer ist gescheitert und zwar an den Demokraten, deren Eintritt nicht möglich war. Bauer ist zum zweitenmale mit der Bildung beauftragt worden. Dieses Ministerium wird aus Mitgliedern des Zentrums und der Mehrheitssozialisten bestehen.

Berlin, 21. Juni. Bauer ist vom Reichspräsidenten zum zweiten Male beauftragt, die Kabinettsbildung zu übernehmen. Dieses wird sich nur aus Mitgliedern des Zentrums und der Sozialdemokratie zusammensetzen. Es ist anzunehmen, daß sich dieses Kabinett morgen der Nationalversammlung vorstellen kann. — Es wird sich um ein Kabinett handeln zur Annahme des Friedensvertrages mit der Beschränkung, daß die Unterschrift nicht best die Punkte, die mit der nationalen Ehre unvereinbar sind.

Die neuen Minister.

Weimar, 21. Juni. Das neue Reichsministerium setzt sich wie folgt zusammen: Präsident des Reichsministeriums Bauer, Reichsminister des Auswärtigen Hermann Müller, Reichsminister des Innern Dr. David, Vertreter des Reichsministerpräsidenten und Reichsminister der Finanzen Erzberger, Reichswirtschaftsminister Wiffell, Reichsarbeitsminister Schilde, bisher Vorsitzender des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes, Reichsfinanzminister Mayer-Kaufbeuren, Reichspostminister Siebs, Reichsverkehrsminister und weiter beauftragt mit der Führung des Reichskolonialamts Voss, Reichswehrminister Noske, Reichsernährungsminister Schmidt, Reichsjustiz bleibt offen. Unter den Ministern befindet sich ein Bayer und ein Württemberger.

Zu der Ministerliste ist noch nachzutragen, daß die Leiter des preussischen Kriegsministeriums, Oberst Reinhardt und der Reichsmarineverwaltung Konteradmiral v. Trotha in ihren Ämtern bleiben. Von einem Reichsministerium im eigentlichen Sinne kann noch nicht gesprochen werden. Der Minister Voss wird einstweilen die Aufgabe haben, die Ueberführung der Staatsbahnen auf das Reich zu leiten.

Weimar, 21. Juni. Das neue Kabinett tritt uns in einer Zusammenkunft unter Umständen entgegen, die keine lange Lebensdauer versprechen. Das Kabinett hat sich zusammengefunden aus sieben Sozialisten und vier Zentrumsmitgliedern. Es vertritt also eine Gruppierung von Parteien, die eine Mehrheit in der Nationalversammlung hinter sich hat, die zwar nicht sehr groß ist, aber durch die Diszipliniertheit der beiden Fraktionen in der Mehrzahl der wichtigen politischen Fragen geschlossen in die Waagschale geworfen werden kann. Vor allen Dingen wird die Mehrheit ausreichen, um die Grundlage zu sichern, auf der sich dieses Kabinett zusammengefunden hat, nämlich die Unterzeichnung des Friedensvertrages.

Die auferlegten Bedingungen überschreiten das Maß dessen, was Deutschland tatsächlich leisten kann, und wir lehnen jede Verantwortung ab, wenn die Undurchführbarkeit auch bei schärfster Anspannung der deutschen Leistungsfähigkeit in Erscheinung treten muß. Wir erklären ferner,

Kabinett und Nationalversammlung.

Weimar, 21. Juni. Morgen nachmittag um 3 Uhr soll das Plenum der Nationalversammlung zusammentreten. Es wird eine große politische Aussprache vor sich gehen, aus der das neue Kabinett die Kraft schöpfen soll, die Interessen des Reiches bei dem Friedensvertrag zu vertreten. Es ist noch nicht ganz klar, in welcher Weise das Ergebnis der politischen Aussprache zusammengefaßt werden soll. Ein Vertrauensvotum läßt sich schwer konstruieren, da die Mehrheit, die dieses Vertrauensvotum aussprechen wird, eine andere sein wird als diejenige, die den Friedensvertrag unterzeichnen will. Die Unabhängigen werden für die Unterzeichnung des Friedensvertrages stimmen, dagegen dem Kabinett das Vertrauen nicht aussprechen. Andererseits wird die Mehrheit der Demokraten gegen die Unterzeichnung des Friedensvertrages stimmen, aber der neuen Regierung das Vertrauen nicht versagen. Man wird sich also wohl dahin einigen, daß das Kabinett die Ermächtigung erhält, selbständig Stellung zu den Friedensbedingungen zu nehmen.

Die Wirkung in Holland.

Haag, 21. Juni. Die Meldung vom Rücktritt des Kabinetts wird in Holland allgemein als eine Tatsache angesehen, die zur Folge hat, daß der Frieden glatt unterzeichnet wird. Da in neutralen Ländern die Auffassung besteht, daß die deutsche Währung steigen muß, sobald der Friede Tatsache geworden ist, hat sich der deutsche Kurs an den holländischen Börsen durchschnittlich um 2 holländische Gulden gegenüber dem gestrigen Kurse erhöht.

Der Verkehr mit dem besetzten Gebiet gesperrt.

Berlin, 21. Juni. Nach Mitteilung der französischen Besatzungsbehörde ist der Verkehr mit dem besetzten Gebiet vorläufig aufgehoben worden.

Erleichterungen für das besetzte Gebiet.

Weimar, 21. Juni. Heute mittag haben sich die Abgeordneten aus den besetzten rheinischen Gebieten mit den Vertretern der Regierung zusammengefunden und eine Niederschrift beraten, in der diejenigen Bestimmungen Aufnahme finden sollen, die eine Erleichterung des Verkehrs über die militärische Besetzung der Rheinlande betreffen. Die Beschlüsse werden nach Versailles telegraphiert werden.

Bern, 21. Juni. Das Einrücken italienischen Militärs in Vorarlberg hat, wie bekannt wird, nicht die Bedeutung einer Besetzung, sondern ist eine Maßregel zur Durchsicherung der Mobilität gegen Deutschland bei Nichtunterzeichnung des Friedens.

Die französischen Vermissten.

Paris, 21. Juni. In der gestrigen Kammer Sitzung brachte Abg. Prat eine Anfrage über das Los der französischen Kriegsgefangenen in Deutschland ein. Unterstaatssekretär Abramowitsch erwidert: „Im Augenblick des Waffenstillstandsabchlusses betrug die Zahl der Vermissten 374 000, von denen die Mehrzahl durch Geiselnahme oder durch Verschüttung begraben sind. Wahrscheinlich müssen diese Vermissten als tot betrachtet werden, da sie jetzt, sechs Monate nach dem Waffenstillstand, kein Lebenszeichen von sich gegeben haben. Ein internationaler Ausschuss reist nach Deutschland, um nach den anderen Gefangenen zu forschen.“

Rom, 21. Juni. Der Streik der Schullehrer ist beendet.

Die Streiklage in Paris.

Paris, 21. Juni. Die Drucker weigerten sich, die Zeitungen zu drucken. Die Regierung ließ den Streik der Gewerkschaften schließen. Einige Zwischenfälle, die sich in der Nacht vom 19. Juni ereigneten, wurden rasch erledigt. Die Herstellung von Brot genügt nicht für die Bedürfnisse der Bevölkerung. Die Straßenbahnen stehen unter dem Schutz der Soldaten.

Großer Streit in England.

London, 21. Juni. Die langwierigen Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern der Baumwollindustrie von Lancashire sind endgültig gescheitert. Durch die Niederlegung der Arbeit werden 1½ Millionen Arbeiter betroffen.

Die deutsche Flotte selbst vernichtet.

Amsterdam, 22. Juni. Dem „Telegraaf“ wird aus London unter dem 21. Juni gemeldet:

Gestern mittag haben die Deutschen an Bord der internierten deutschen Kriegsschiffe bei Scapa Flow die deutsche Flagge gehißt, worauf sie die Schiffe versenkten. Alsdann schwammen sie aus Land. Alle Kriegsschiffe und Schlachtschiffe sind gesunken mit Ausnahme der „Baden“, welche noch treibt. Wie gemeldet wird, sind auch 5 leichte Kreuzer gesunken, während 3 andere von Schleppbooten auf Strand gesetzt wurden, was auch mit 13 Torpedojägern noch geschehen konnte. 4 andere treiben noch. Die übrigen sind in der Tiefe verschwunden.

Nach einer Neuermeldung sind der deutsche Vizeadmiral und die meisten deutschen Besatzungen an Bord englischer Schiffe unter Bewachung gestellt. Einige Boote der Schiffe weigerten sich zu halten, worauf Befehl zum Feuer gegeben wurde. Eine kleine Anzahl deutscher wurde getötet und verwundet.

Ein Telegramm aus Edinburgh berichtet, daß bereits eine Regelung getroffen war, um die deutsche Flotte am Montag zu konfiszieren, wenn der Friede geschlossen würde. Die deutschen Besatzungen der gesunkenen Schiffe sind jedoch mit ihrer Handlung den Tatsachen zuvorgekommen.

Polnischer Angriff auf Bromberg abgeschlagen.

Berlin, 21. Juni. In der Nacht zum 19. Juni griffen starke polnische Kräfte, etwa 600 Mann, mit Panzerkraftwagen die in vorderster Linie befindliche 2. Kompanie des aus Eisenbahnern bestehenden Bataillons Bromberg

bei Neuhof an. Der Angriff wurde durch die Wachsamkeit der Verteidigung unter großen Verlusten der Polen an Toten und Verwundeten reiflos abgeschlagen. Heute und Gefangene fielen in unsere Hand. Die Verluste der tapferen Eisenbahnern, die die deutsche Stadt Bromberg zum zweiten Male vor einem polnischen Angriff bewahrt haben, betragen drei Tote und sechs Verwundete.

Aus Birnbaum wird gemeldet: Die Polen haben gestern im Kreise Birnbaum bis 20 Kilometer östlich der Demarkationslinie alle deutschen Männer über 17 Jahre interniert und weggeführt.

Aufhebung der Zensur.

London, 21. Juni. Nachdem die Pressezensur bereits seit zwei Monaten aufgehört hat zu bestehen, wird in den nächsten Tagen auch die englische Postzensur ihren Dienst einstellen.

Amsterdam, 21. Juni. Der „Telegraaf“ meldet aus New York, daß die Postzensur in den Vereinigten Staaten ab 21. Juni aufgehoben wird.

Die stärkste Belastungsprobe im Zeitungsgewerbe.

Der Vorstand des Vereins Deutscher Zeitungs-Verleger E. V. erläßt folgende Erklärung:

Das deutsche Zeitungsgewerbe hat in den letzten Monaten weitere die schwersten Belastungen erfahren. Zu der Erhöhung der Buchdruckerlöhne, der Angestelltengehälter usw. sind weitere sehr wesentliche Verteuerungen der Materialien getreten. Unter solchen Verhältnissen kann die deutsche Presse ihre Aufgaben fernerhin nur dann erfüllen, wenn ein auch nur teilweiser Ausgleich für die verteuerten Herstellungskosten gefunden wird.

Die Bewegung der Eisenbahner.

Berlin, 22. Juni. In Erfurt scheinen die Eisenbahner von den Zugeständnissen des Eisenbahnministeriums soweit befriedigt zu sein, daß sie die Arbeit nunmehr wieder aufnehmen. Der Deutsche Eisenbahnerverband Dienststelle des Bezirks Erfurt eine dringende Depesche gen. der Deutsche Eisenbahnbeamtenbund haben an die richtet, aus der dies hervorgeht. Danach wird der von den Arbeitern gewaltsam eingesezte Eisenbahnpräsident in Erfurt mit weitgehenden Befugnissen als Beamter dem Eisenbahnpräsidenten beigegeben, ferner wird bei der Direktion ein Hilfsbezirksrat errichtet und mit einem gemeinsam von Angestellten und Arbeitern bezeichneten Arbeiter befehlt. Voraussetzung ist seine Eignung. Der Betrieb wird sofort wieder aufgenommen. Der Abmarsch der Regierungstruppen erfolgt gleichfalls alsdann. Der Minister erkennt grundsätzlich an, keine Bedenken zu haben, daß Beamte der mittleren und unteren Laufbahn und Arbeiter an die Stelle höherer Beamten gesetzt würden. Der Minister wird von Maßnahmen wegen der Erfurter Vorgänge Abstand nehmen und auch keinen Strafantrag stellen. Eine vom Minister entsandte Kommission wird die Beschwerden der Arbeiter entgegennehmen und mit ihnen und den höheren Beamten, gegen die sie sich richten, verhandeln. Die Vermittlungsversuche fanden unter persönlicher Leitung des Reichsarbeitsministers Bauer statt. In dem Rundschreiben wird hinzugefügt, weiteres Entgegenkommen habe nicht erzielt werden können. Die Vertrauensmänner werden aufgefordert, dafür zu sorgen, daß Betrieb und Arbeit sofort wieder aufgenommen würden. Tatsächlich war gestern Abend der Abtransport der Truppen im Gange.

Berschiedene politische Nachrichten.

Berlin, 22. Juni. Vom Zentrum sagt die „Germania“: „Es sollte den Friedensvertrag unter Vorbehalt annehmen und zwar gehe es von der Erkenntnis aus, daß eine Ablehnung der Bedingungen einen neuen Krieg bedeutet, von dem kein Mensch weiß, wie er auslaufen würde.“

Berlin, 22. Juni. Die Preussische Landesversammlung hatte sich gestern mittag nach einer kurzen Sitzung auf unbestimmte Zeit vertagt, damit die Fraktionen Gelegenheit hätten, zu der Friedensfrage Stellung zu nehmen. Die nächste Sitzung der Landesversammlung wird vermutlich am Mittwoch nächster Woche abgehalten.

Kiel, 21. Juni. Von unsen bei Scapa Flow liegenden Kriegsschiffen sind 1000 Mann mit dem Dampfer Badenia in Kiel eingetroffen und sofort entlassen worden.

Berlin, 21. Juni. Für Berlin, Hamburg und Westdeutschland soll ein Streik der Postbeamten bevorstehen.

Östergöteborg, 21. Juni. Die „Östergöteborgs Tidning“ meldet aus Allenstein: Gestern wurde der Redakteur der dortigen polnischen „Gazeta Olsztynska“, Romakowski, auf Veranlassung der Regierung wegen des dringenden Verdachtes des Hochverrates, ferner in Ortsabwesenheit der Redakteur Jaroszyk von der dortigen polnischen „Inazur“ festgenommen.

Hamburg, 21. Juni. Amerikanische Ausfuhrhäuser haben in neuester Zeit verschiedentlich den Versuch gemacht, ihre früheren Verbindungen mit deutschen Firmen wieder anzuknüpfen. Solche Versuche sind aus Bremen bekannt geworden, und auch Hamburger Firmen haben neuerdings von ihren früheren Geschäftsfreunden drüber direkte drastische Anerbieten auf Lieferungen größerer Warenmengen, vornehmlich Lebensmittel, erhalten.

Paris, 21. Juni. Die Deutschösterreicher haben die vierte Note überandt. Sie erheben in ihr dagegen Einspruch, daß Deutschösterreich alle Verantwortlichkeiten des österreichisch-ungarischen Reiches übernehmen soll.

Peking, 21. Juni. Der Rücktritt des Premierministers wurde angenommen. Der Finanzminister hat seine Obliegenheiten übernommen. Die anderen Minister bleiben auf ihrem Posten, bis das neue Kabinett gebildet sein wird. Ein Mitglied des Kabinetts wird den Posten als Ministerpräsident übernehmen, obwohl im ganzen Lande die Stimmung gegen Japan äußerst stark ist.

Aus Stadt und Kreis.

Oberlahnstein, den 23. Juni.

Stadtverordnetenversammlung vom 20. Juni 1919.

(Schluß)

2. An- und Verkauf von Grundstücken.
Dem Magistratsbeschlusse, ein der Frau Wankel gehöriges Grundstück am Friedhof zwecks dessen späteren eventuellen Erweiterung zum Preise von 7300 M (die Rate 130 M) anzukaufen und ein weiteres an den Besitz des Herrn Tausendhöhn angrenzendes Grundstück für 150 M zu verkaufen, wird zugestimmt. Ebenso wird der Magistrat ermächtigt, über den Verkauf einer Wiese in Verhandlung mit dem Pächter einzutreten.

Vorliegender Dr. Dender stellt den Antrag, jetzt, nachdem der Friedhofsegen verkauft ist, die nach einem bestehenden Vertrage an die Stadt zurückfallenden Gebäude zum Abbruchswert zu erwerben, den Abbruch der nicht an die Stadt übergehenden Gebäude vertragsmäßig zu veranlassen und die Herrg. Hubert, Dender, Sturm und Bang mit Verhandlungen in dieser Sache zu betrauen.

3. Reisekostenordnung. Die Satzungen, die zur Einsicht ausgelegt, sollen am Tage ihrer Genehmigung in Kraft treten. Auch für Dienstreisen nach St. Goarshausen und Wiesbaden, bezw. für durch derartige Reisen ausfallenden Verdienst soll nach den neuen Satzungen vergütet werden.

4. Freilegung und Ausbau der verlängerten Adolfsstraße. Der Vorsitzende Dr. Dender legt der Versammlung ein Schreiben des Landeshauptmanns vor, wonach die Zuschüsse für Pflasterung, der Brückenstraße und Ausbau der Adolfsstraße abgelehnt werden, da die Gemeinde vom Landesauschuss nicht als leistungsfähig anerkannt wird. Auf diese Mitteilung hin erhebt sich eine lebhafte Debatte über die so geschaffene Lage: Soll die Stadt auf eigene Kosten die Straßen ausbauen oder nicht. Es handelt sich darum, die verlängerte Adolfsstraße in gerader Linie nach der Braubacher Chaussee durchzuführen. Die Meinung der Stadtverordneten kommt in den gestellten Anträgen zum Ausdruck, von denen der eine passives Verhalten den maßgebenden Stellen gegenüber verlangt, der andere sich dahin ausspricht, daß die Stadt nur bei Gewährung von Zuschüssen für den Ausbau der Straße Interesse hat. Von den beiden Anträgen wird nach vielem Hin und Her der letztere angenommen, gleichzeitig aber auch eine persönliche Rücksprache mit dem Landeshauptmann wegen der Zuschüsse empfohlen.

5. Mitteilungen. Vorliegender Dr. Dender verliest ein Gesuch des Fußballklubs Preußen und Lahnstein um Errichtung eines Sportplatzes. Der Magistrat hat sich mit dem Antrag näher befaßt und sich mit den Herren Müller zwecks Erwerb eines geeigneten Grundstücks in Verbindung gesetzt, beabsichtigt aber vorher noch wegen Unzulänglichkeit des Grundstückes zu einem Sportplatz, angrenzendes Gelände von der Eisenbahn käuflich oder pachtweise zu erwerben.

Ferner liegt ein Antrag von Schafbesitzer Krekel vor, seine Schafherde in den städtischen Wäldern weiden zu lassen. Vorliegender Dr. Dender weist auf die Nachteile hin, die unserer Jagd durch solche Maßnahmen entstünden und verlangt im Falle einer Genehmigung des Antrages ein entsprechendes Pachtgeld an die Stadt, womit sich die Versammlung einverstanden erklärt. Trotz der sehr verschiedenen Ansichten über die Höhe des Pachtgeldes einigte man sich schließlich auf 350 M.

Ein Antrag des Stadtv. Saveth verlangt mit Rücksicht auf bei der Verteilung von Einquartierungen vorgekommene Ungerechtigkeiten drei Arbeitervertreter in die Einquartierungskommission aufzunehmen und schlägt hierfür die Herren Unterassistent Rauter, Ernst Denzer und Noos vor. Die Versammlung erklärt sich hiermit einverstanden. Eine Anfrage des Stadtv. Heibel, aus welchen Gründen die Ablehnung des Beschlusses der Wohnungskommission, eine Warnung vor Zuzug nach Oberlahnstein im Kreisblatt zu veröffentlichen, erfolgt sei, wird auf die nächste Sitzung vertagt. Hiermit ist die Tagesordnung erledigt und die Versammlung tritt in die geheime Sitzung ein.

In der geheimen Sitzung wurde die Anstellung von 6 Polizeiwachmännern (3 vakante und 3 neue Stellen) und 2 Flurhütern (für den Sommer) beschlossen.

!! Am Wendepunkt der Weltgeschichte.
Wenn auch nach dem Rücktritt des Kabinetts Scheidemann mit großer Wahrscheinlichkeit zu erwarten war, daß damit das Hindernis der Unterzeichnung des Vertrages beseitigt wäre, so konnte man andererseits nicht wissen, ob das zu bildende neue Kabinett die Mehrheit der Nationalversammlung hinter sich haben würde, zumal innerhalb der Mehrheitsparteien noch eine bedeutende Anzahl Unentschiedener vorhanden waren. Nunmehr ist die Entscheidung gefallen. Wie wird gestern Abend bereits durch Extrablatt gemeldet haben, hat sich die Nationalversammlung mit 237 gegen 138 Stimmen für die Unterzeichnung des Friedens ausgesprochen, und es ist zu erwarten, daß die beabsichtigten Ehrenpunkte vom Verband nicht zum Friedenshindernis gemacht werden.

Der entscheidende Federstrich wird wohl heute noch nicht unter das welthistorische Dokument gesetzt werden, doch bestimmt der heutige Tag, an dem die Antwort an den Verband überreicht wird, über Ja oder Nein, über Annehmen oder Ablehnen, über die Zukunft.

Wir wissen es nicht, aber wenn noch ein Fünkchen Hoffnung vorhanden ist, daß das deutsche Reich sich wieder aufrichten wird, so ist die Antwort nicht schwer.

Hoffen wir, daß die Entscheidung zum Besten unseres schwer geprüften deutschen Vaterlandes ausfällt.

!! Sattler- und Tapeziererzwangsvereinigung.
Zu der am vorletzten Sonntag stattgefundenen Versammlung der Sattler- und Tapezierer-Zwangsvereinigung des Kreises St. Goarshausen waren fast sämtliche Mitglieder der von Braubach, Oberlahnstein und Niederlahnstein er-

Leider konnten wegen Ausfall einer günstigen Wetterbedingung die auswärtigen Mitglieder an der Versammlung nicht teilnehmen. Sattlermeister Kirchhöfer ersuchte die Versammlung. Die von der beauftragten Kommission durchberathenen Satzungen wurden von den Mitgliedern gutgeheißen und angenommen. Es wurde beschlossen, am Sonntag, den 6. Juli nachmittags 2 Uhr in St. Goarshausen eine weitere Hauptversammlung betreffend die Wahl des Vorstandes abzuhalten, wozu nähere Bekanntmachung noch erfolgen wird. Gleichzeitig wird darauf aufmerksam gemacht, daß zum Besuch dieser Versammlung sowie auch jeder weiteren nach § 21 der Satzungen jedes Mitglied verpflichtet ist, wenn es nicht durch unvermeidliche Geschäfte daran verhindert wird.

Verein kathol. lauff. Gehilfen und Seemanninnen. Die Bericht wurde am Sonntag, den 15. Juni von der Ortsgruppe des Verbandes kathol. lauff. Gehilfen und Seemanninnen (e. V. G.) in Oberlahnstein gehalten. Eine stattliche Anzahl Damen hatte sich zu der Versammlung eingefunden, die der Vorstand der Coblenzer Ortsgruppe, sowie der R. R. „Hilfsverein“ war zugegen. In interessanten Vorträgen wurden die Ziele und Zwecke des Verbandes erläutert und auf die Notwendigkeit des Zusammenstehens auch der weiblichen Lauffahrt Angehörigen hingewiesen. Die anwesenden Damen erklärten sich ihren Beitritt zur Ortsgruppe, die bereits ca. 60 Mitglieder zählt. Es blieben jedoch noch viele Kolleginnen ab. An diese Woe ergab der erste Mahnruf: „Organisiert euch!“ denn nur eine geschlossene Mehrheit kann die berechtigten Interessen der weiblichen Lauffahrt Angehörigen so vertreten, wie es die heutigen Verhältnisse bedingen. Darum auf, ihr kathol. Seemanninnen und Seemanninnen, tretet der hiesigen Ortsgruppe bei. — Anmeldungen nehmen entgegen die Damen Maria Elm, Wehlsee 6 und Maria Bornhöfen, Mittelstraße 24. Es sei noch darauf hingewiesen, daß die hiesige Ortsgruppe einen „Sonderkursus für Anfängerinnen“ im „St. Goarshausen“ beginnt.

Ein maderer Bursche ist der Sohn Paul bei Herrn Philipp Kneip von hier. Am vergangenen Freitag nachmittags, hatte ein 12jähriger Junge aus Oberlahnstein im Rhein am Städt. Bleichplatz und geriet in die harte Strömung, die ihn ca. 20 Meter der Mitte zu mittrug. Auf seine Hilferufe eilten die in der Nähe befindlichen Leute herbei, aber, da sie des Schwimmens unfähig waren, konnte ihm niemand helfen und er verschwand in der Fluten. Der nunmehr herbeigekommene Paul Kneip sprang kurz entschlossen, noch mit dem Hemd bekleidet, ins Wasser und holte den ab und zu wieder auftauchenden Getriebenen mit eigener Lebensgefahr aus dem Rheine heraus. Bravo!

Waldbrand Wie gestern Abend vom Rhein und von den Höhen aus beobachtet werden konnte, war in der Gegend des „Rühpfes“ ein umfangreicher Waldbrand ausgebrochen. Wahrscheinlich wird die Entstehungsursache in der Unvorsichtigkeit von Spaziergängern zu suchen sein.

Schwerer Einbruchsdiebstahl. In der Nacht vom 21. zum 22. Juni wurde in dem Expeditions-Lager der Firma L. Böhm ein schwerer Einbruchsdiebstahl verübt. Im Lager wurden seit einigen Tagen Kaffee-Vorräte aus einem Schiff aufbewahrt. Auf diesen hatten es die Diebe abgesehen. Es gelang ihnen 10 Zentner im Werte von 10000 M. zu stehlen. Von den Dieben fehlt jede Spur. Der herbeigekommene Braubacher Polizeihund konnte auch nichts zur Ermittlung beitragen. Polizeidienstliche Mitteilungen über den Diebstahl wollte man auf dem alten Rathaus bei der Polizei machen.

Kriegsbeschädigten-Fürsorge. Nachdem freiwilligen Eintritt des Herrn Lohbede hat Herr Fabrikant Hahn (Niederlahnstein) die Leitung der Kreisgeschäftsstelle für Kriegsbeschädigten-Fürsorge übernommen. Die Geschäftsstelle bleibt trotzdem im Hauptzollamt Oberlahnstein.

Keine Aufhebung der Zwangswirtschaft des Getreides. In weiten Kreisen ist die Frage Ansicht verbreitet, die Zwangswirtschaft des Getreides sei aufgehoben. Hierzu wird aus Berlin gemeldet, daß die alte Ernte von einer Aufhebung der Zwangswirtschaft keine Rede sein könne. Vielmehr ist alles Getreide nach der Reichsgetreideordnung beschlagnahmt und muß auf die den Selbstverforgern zutreffenden Mengen abgeliefert werden.

Uebertenerungszuschüsse für Kleinwohnungsbaute. Auf eine dringende Anfrage der Vereinigung „Heimkultur“ in Wiesbaden hat der Reichskommissar für das Wohnungswesen unter dem 2. Juni geantwortet, daß die Gewährung der Uebertenerungszuschüsse an keinen festgesetzten Termin gebunden sei. Damit werden die, auch häufig in der Presse aufgetauchten Gerüchte beseitigt, daß nur bis zum 1. oder 15. Juli dieses Jahres angeforderte Zuschüsse ausgezahlt würden.

Eine frühzeitige Kornerte sehen unsere Landwirte in diesem Jahre voraus, wenn anders die trockene Hitze, verbunden mit anhaltender Dürre noch weiter anhält und nicht bald kühlerer Witterung mit reichlichen Niederschlägen Platz macht.

Vorsicht beim Einern von Baumfrüchten. Beim Einern von Baumfrüchten in der Nähe oberirdischer Telegraphen- und Fernsprechanlagen wird häufig nicht mit der erforderlichen Vorsicht verfahren; auch haben die Kinder vielfach die Unsitte, mit Steinen nach Obstbäumen zu werfen. Dies hat zur Folge, daß Verletzungen und Verschlingungen der Leitungsdrahte sowie Zerschmetterungen der Porzellan-Isolatoren hervorgerufen werden. Dadurch wird der Telegraphen- und Fernsprechtsbetrieb gestört. Im Hinblick auf die jetzige Kirchenernte wird deshalb darauf hingewiesen, daß derjenige, welcher fahrlässigerweise den Betrieb einer öffentlichen Fern- oder Telephonanlage zerstört, mit Gefängnis bis zu 2 Jahren, oder mit Geldstrafe bis zu 900 M. bestraft werden kann.

Die Obstansichten verschlechterten sich von Tag zu Tag immer mehr. Das ist eine Wahrnehmung, die jeder bei einem Gang durch die Gärten und Felder machen kann. Infolge der ganz enormen Trockenheit fallen die jungen Fruchtansätze massenhaft ab.

Aus Nah und Fern.

Em s, 20. Juni. Die Lahn hat wieder einmal ein Opfer gefordert. Gestern mittag ertrank beim Baden in der Wiesbach der 18jährige Sohn des Schneidermeisters Augst, Braubacherstraße. Leider konnte die Leiche bisher trotz lebhafter Bemühungen nicht geborgen werden.

Weilburg, 19. Juni. Eine hiesige Weinhandlung hatte eine größere Menge Wein vom Rhein bezogen, und die Ware traf jetzt ein. Beim Rangieren am hiesigen Bahnhof ging eines der großen Fässer entzwei, und das kostbare Naß lief seiner Fesseln befreit davon. Viele, die diesen günstigen Moment erwischten, fingen in allen möglichen und unmöglichen Trinkgeschirren den edlen Trank auf u. man sah Leute, die den Heimweg nicht mehr fanden.

Geisenheim, 19. Juni. Die hier bestehenden zwei Turnvereine — Turngemeinde und Männerturnverein — haben sich zu einem Verein, „Geisenheimer Turnerschaft“, zusammengeschlossen. Herr Direktor Jansen, der die Vorverhandlungen zur Einigung geführt hat, wurde zum Ehrenmitglied ernannt.

Edenkoben, 17. Juni. Ein schwerer Automobilunfall hat sich am Freitag Abend in Bennigen ereignet. Zwischen 6 und 7 Uhr kam ein von der französischen Besatzung in Weinsheim mit sechs Soldaten besetztes Lastauto über Altdorf-Bennigen, um nach Edenkoben zu fahren. Am Orisegang von Bennigen kam ihm ein mit vier französischen Offizieren besetztes Personenauto von Edenkoben entgegen. Beide Autos stießen im größten Tempo gegen einander. Im selben Augenblick explodierte der Benzinhälter und beide Autos standen im Nu in Flammen. Drei Insassen des von Weinsheim kommenden Autos stürzten sich auf die Straße, brachen jedoch brennend zusammen. Der vierte Insasse fiel, als er über das Schutzblech springen wollte, direkt auf den brennenden Motor und verbrannte, auf dem Motor liegend bei lebendigem Leibe. An eine Rettung war infolge der ungeheuren Hitze, die die brennenden Autos ausstrahlten, überhaupt nicht zu denken. Wasser war weit und breit keines zur Stelle. Zwei Offiziere und zwei Soldaten sind verbrannt. Die Leichen sind in das Gemeindehaus Bennigen gebracht worden. Vier weitere Soldaten sind schwer verletzt und wurden sofort nach Duttweiler transportiert. Beide Autos sind total vernichtet.

Wonn, 22. Juni. Staatssekretär a. D. Wallraf, der seinen Wohnsitz hierher verlegt, hat den Vorsitz im Rheinischen Verein für Denkmalpflege und Heimatschutz übernommen.

Riepenheim, 20. Juni. In der Nacht wurde in der hiesigen katholischen Pfarrkirche ein schwerer Diebstahl verübt. Diebe stahlen eine 400 Jahre alte Monstranz von vergoldetem Silber, die in gotischem Stil angefertigt war. Die geraubte Monstranz war das Kleinod der Kirchgemeinde. Auch das Beste aus dem Jahre 1716 stammende Ciborium ist den Dieben in die Hände gefallen. Ueber den Verbleib der konfektierten Hostien aus beiden Gefäßen war bisher nichts zu ermitteln.

Niedergang der Sitten. In Berliner Blättern findet man folgende Anzeige: Sonntag im Wilhelmshof, Anhaltstraße 12: Bade- und Frühlingsspektakel, Eintritt nur im Bade- oder Strandkostüm gestattet. Große Tombola Preisstanz. Prämierung der Badefürstin (schönste Figur) usw. Das in Deutschlands ernstester Zeit! Da tanzt man in Berlin im Badekostüm und prämiiert die „Schönste.“

Haben Sie schon daran gedacht

für das neue Vierteljahr Ihre Zeitung, das „Laufsteiner Tageblatt“, zu bestellen. Der Bote kommt in den ersten Tagen!

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Der Militärverwalter des Kreises St. Goarshausen ordnet an: Die Verordnung Nr. 494 vom 18. April 1919, welche die Fortschaffung von Lebensmitteln aus dem besetzten Teile des Kreises untersagt, ist für den Handel mit Honig aufgehoben.

St. Goarshausen, den 15. Juni 1919.
gez. M o n o d.

St. Goarshausen, den 17. Juni 1919.
Wird veröffentlicht. Der Landrat J. B.: J a u n.

Gemäß § 1 Abs. 2 der Verordnung vom 10. April 1919 — R. G. Bl. S. 385 — wird mit Zustimmung der Reichskartoffelstelle der **Frühkartoffel-Erzeuger-Schätzpreis** für die Provinz Hessen-Nassau für den Monat Juli d. Js. hiermit auf 12 M je Zentner festgesetzt.

Cassel, den 10. Juni 1919.
Provinzialkartoffelstelle
D y e s.

Wird veröffentlicht.
St. Goarshausen, den 22. 6. 1919.
Der Landrat: J. B. J a u n.

Die nächste Mutterberatungsstunde findet in der Freiherr vom Stein-Schule zu Oberlahnstein am Donnerstag, den 26. Juni 1919 nachmittags von 4½ Uhr ab statt, wo der leitende Arzt den Müttern unentgeltlichen Rat in der Pflege und Ernährung ihrer Kinder erteilen wird.
St. Goarshausen, den 21. Juni 1919.
Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
Dr. J a u n, Regierungsrat.

Die nächsten unentgeltlichen Sprechstunden für unermittelte Lungenerkrankte werden am Montag, den 7. Juli 1919 Vormittags von 9—1 Uhr durch den Kreisarzt, Herrn Geh. Medizinalrat Dr. Mayer im städtischen Krankenhaus abgehalten.
St. Goarshausen, den 20. Juni 1919.
Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
J. B.: Dr. J a u n.

An Stelle des freiwillig zurückgetretenen Herrn Fabrikbesizers Georg Lohbede Oberlahnstein, hat Herr Fabrikant Paul Hahn zu Niederlahnstein die Leitung der Kreisgeschäftsstelle für Kriegsbeschädigten-Fürsorge übernommen.

Die Geschäftsstelle befindet sich noch in Oberlahnstein im Hauptzollamt.
Die Herren Bürgermeister werden um ortsfällige Bekanntmachung ersucht.
St. Goarshausen, den 20. Juni 1919.
Kreisausschuss für Kriegsbeschädigten-Fürsorge.
Der Vorsitzende
J. B. J a u n.

Bekanntmachung.

Auf den von einer Anzahl beteiligter Gewerbetreibenden gestellten Antrag zur Errichtung einer Zwangsinnung für alle im Kreise St. Goarshausen das Schmiedehandwerk betreibenden Handwerker habe ich behufs Durchführung des gesetzlichen Abstimmungsverfahrens (§ 100 a. R. G. D.) gemäß Ziffer 100 der Ausführungsanweisung vom 1. Mai 1904 den Herrn Landrat in St. Goarshausen zu meinem Kommissar ernannt.
Wiesbaden, den 10. Juni 1919.
Der Regierungspräsident.

Im Anschluß an vorstehende Verfügung mache ich bekannt, daß die Erklärung für oder gegen die Errichtung einer Zwangsinnung für das Schmiedehandwerk im Bezirke sämtlicher Gemeinden des Kreises St. Goarshausen schriftlich oder mündlich bis zum 10. Juli d. Js. bei mir abgegeben sind.

Die Abgabe der mündlichen Äußerung kann während des angegebenen Zeitraums werktäglich von 10 bis 12 Uhr in den Diensträumen des Landratsamtes hieselbst erfolgen.

Ich fordere hierdurch alle Handwerker, welche im Bezirke des Kreises St. Goarshausen das Schmiedehandwerk betreiben zur Abgabe ihrer Erklärung auf. Erklärungen, welche nicht klar erkennen lassen, ob der Erklärende der Errichtung der Zwangsinnung zustimmt oder nicht, sind ungültig.

Nach dem 10. Juli d. Js. hier eingehende Erklärungen bleiben unberücksichtigt.

Die Abgabe einer Äußerung ist auch für diejenigen Handwerker erforderlich, welche den Antrag auf Errichtung der Zwangsinnung gestellt haben.

Der Landrat als Kommissar des Herrn
Regierungspräsidenten.

An die Herren Bürgermeister des Kreises!

Unter Hinweis auf vorstehende Bekanntmachung betr. die Errichtung einer Zwangsinnung für das Schmiedehandwerk ersuche ich, sämtliche in Ihren Gemeinden wohnenden Schmiede auf die Bekanntmachung sofort aufmerksam zu machen.

Bis zum 10. d. Js. ist mir eine Liste sämtlicher Handwerker, die dortselbst das Schmiedehandwerk selbständig betreiben nach untenstehendem Muster einzureichen.

St. Goarshausen, den 17. Juni 1919.

Der Landrat: J. B. K l e m m e n.

Verzeichnis

der Handwerker, welche in der Gemeinde das Schmiedehandwerk selbständig betreiben.

Aufnahme Nr.	Name und Vorname	Bewilligung des hauptsächlich betriebenen Handwerks	Abkündigung		Bemerkungen
			für die Errichtung der Zwangsinnung	gegen die Zwangsinnung	

Das Betreten der diesjährigen Schläge, wo Loh geschält ist und noch geschält wird, ist bei Strafe verboten. Dieses gilt hauptsächlich für die Befehlshausmänner.
Niederlahnstein, den 12. Juni 1919.

Der Magistrat K o b b.

Die Haltestelle der Elektrischen Straßenbahn „Schweizer-Haus“ wird an den Mast bei dem Bahnübergang verlegt.
Niederlahnstein, den 18. Juni 1919.

Der Magistrat.

Todes- + Anzeige.

Schmerz erfüllt mich hiermit die traurige Mitteilung, daß es Gott dem Allmächtigen gefallen hat, am Sonntag, den 22. Juni, vormittags 12 Uhr meine innigstgeliebte, teure Gattin, unsere liebe gute Mutter, Tochter, Schwiegertochter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Sophie Huster

geb. Conrad

Mitglied der St. Antonius-Bruderschaft
nach längerem schweren mit großer Geduld ertragenem Leiden, versehen mit den Heilmitteln der kath. Kirche, im Alter von 30 Jahren von dieser Welt in ein besseres Jenseits abzurufen.
Um stille Teilnahme bitten

der tieftrauernde Gatte, Kinder nebst Angehörigen.

Oberlahnstein, Steinsberg, Guskirchen Sterkrade und Neuwied, den 23. Juni 1919.

Die Beerdigung findet statt am Dienstag, den 24. Juni, nachm. 4 1/2 Uhr vom Trauerhause Bahnhofstraße aus; die feierlichen Exequien werden am Mittwoch, den 25. Juni 1919 6 1/2 Uhr morgens. [1079]

Todes- + Anzeige.

Nach Gottes heiligem Willen entschlief heute morgen 10 Uhr an den Folgen einer im Weltkrieg zugezogenen schweren Verwundung mein innigstgeliebter Gatte, unser guter Vater, Sohn, Schwiegersohn, Bruder, Schwager und Onkel

Heinrich Kring

Milchhändler

Ehegatte von Eva geb. Krebs
öfters versehen mit den Heilmitteln der röm.-kathol. Kirche im Alter von 34 Jahren.
Um stille Teilnahme bitten

In tiefem Schmerz:

Eva Kring geb. Krebs nebst Kindern und die übrigen Anverwandten.

Niederlahnstein, Osterpat, Heischheim, Hamburg und Oberlahnstein, den 21. Juni 1919.

Die Beerdigung findet statt am Dienstag, den 24. Juni, nachm. 5 Uhr vom Sterbhaus Holzgasse 1 aus. Die feierlichen Exequien werden gehalten am Mittwoch, den 25. Juni, morgens 1 1/2 Uhr in der St. Barbara-Kirche. [1078]

Von der französischen Truppe ist auf dem Wege von Dierspai über den Hof Marienberg bis an den Weg nach Camp am 18. d. Mts. früh eine Geldtasche verloren gegangen. Der Finder wird gebeten, dieselbe gegen Belohnung am Bürgermeisteramt Dierspai abzugeben.

= Ia Kakao =

pro P. 22.50 M. sofort lieferbar.

A. Straub, Diez a. d. Lahn

Durch Umbau unserer Mühle

sind wir in der Lage, die Leute sofort zu bedienen und bitten wir um geneigten Zuspruch

Deilmühle Zimmermann u. Co.
St. Goarshausen. [1063]

Für Wiederverkäufer!

Ansichtskarten von Oberlahnstein

vorrätig in der

Buchdruckerei Fr. Schlokel Inh. Fr. Nehr.

Rheumatismus

Ischias, Waden-, Darm-, Leber-, Nierenleiden usw. werden mit gutem Erfolg behandelt von

Joh. Mohr,

Homöopathischer Heilkundiger, Cobl.-Wetterstadt, Trienerstraße 128. Haltestelle Rübennachstraße. [767]

Sprechstunden: Mittwochs und Freitags, von vorm. 9-12 und nachmittags 2-5 Uhr. — Sonntags von 2-4 Uhr. —

Geschäftshaus

mit Verkaufsal und größerer Werkstätte oder Hintergebäuden zur Einrichtung einer Möbelfabrik geeignet sofort oder später zu kaufen bzw. zu mieten gesucht. Hochstraße bevorzugt, aber nicht Bedingung.

Offerten unt. M. S. a. die Geschäftsstelle dies. Blattes.

Hypothekengelder

in jeder Höhe auszuliehen

C. Klobbank, Coblenz, Schloßstraße 23 I.

Kapital 7000 Mth.

auf 11. Hypothek, gesundes Objekt, gesucht. Vermittler ausgeschlossen. Gest. Offerten unter „Kapital“ a. d. Geschäftsstelle.

Marmelade

1 Pfund 1.35 Mth. empfiehlt Ludwig Kehler, Wm. gegenüber der kath. Kirche. [1032]

Alte Bilder,

Kupfer- u. Stahlstiche werden gereinigt und gebleicht

Wilhelm Gärtner, Bildereinrahmungsgeschäft.

Anzugsstoffe

preiswert

bei Dan. Hoffmann, [1071]

Niederlahnstein,

Bergstraße 5 I.

Dachpappe

empfiehlt Wilh. Altmann, [1069] Dachbedeckungsgeschäft.

la Dachpappe

eingetroffen [1015]

Joh. Chr. Eibert,

Niederlahnstein, Holzgasse 23.

Suche sofort ein tüchtiges katholisches

Dienstmädchen

für alle Hausarbeiten. Familienanschluß, guter Lohn, große Wäsche aus dem Hause. [1076]

Anna Schröder,

Blaffendorf b. Coblenz.

Zur Führung meines kl. frauenl. Haushalts selbständ. tüchtiges, eheliches

Mädchen

gesucht, welches die bürgerl. Küche durchaus versteht. [1077]

Restaurant Schröder,

Blaffendorf

Suche für sofort gegen hohen Lohn ein

ordentl. Mädchen

oder einfach. Fräulein, welches kochen kann, evtl. auch als Haushälterin

Frau Direktor Hinrichs,

Viktoria-Brücken, Oberlahnstein.

Eine Frau

od. junges Mädchen für leichte Arbeit in eine Delmühle gesucht. [1062]

Jimme mann & Co.,

St. Goarshausen.

Stundenmädchen

von morgens 1/8 Uhr bis nachmittags 3 Uhr per 15 Juli gesucht

Inf. Landsberg, Burgstr. 26.

Damenfahrrad u. Tennisschläger

zu verkaufen. [1080]

Niederlahnstein,

Coblenzstraße 5a.

Zwei bis drei Herrn-Anzüge

zu verkaufen [1079]

Hintermurgasse 22.

Heiß-Bringer,

neu, (Friedensqualität) zu verkaufen. Näheres in der Geschäftsstelle.

Verloren

am Samstag mittag zwischen Rathaus und Brückenstraße ein schwarzes Geld- (Banknoten-)täschchen mit Inhalt. Gegen gute Belohnung abzugeben i. d. Geschäftsstelle.

Krieger-Verein Niederlahnstein.

Zu der am Dienstag, den 24. Juni cr., nachmittags 5 Uhr stattfindenden Beerdigung des verstorbenen Kameraden und Kriegers

Heinrich Kring

werden die Herren Kameraden gebeten sich zahlreich zu beteiligen Der Vorstand. [1081]

Danksagung.

Für die uns in so reichem Maße erwiesene Teilnahme beim Hinscheiden unseres lieben

Franz

sagen wir auf diesem Wege allen, besonders den verehrten Kranzspendern unsern herzlichsten Dank.

Familie Wilh. Schüler

Oberlahnstein, den 22. Juni 1919.

Braubacherstr. 7.

[1083]

Versteigerung.

Mittwoch, den 25. Juni cr., mittags 1 Uhr werden die dem Mündel Otto Sommer gehörenden

4 Parzellen (22 ar) Delfruchte

in der Gemarkung Weyer öffentlich meistbietend versteigert. Weyer, den 20. Juni 1919.

[1074] Christ, Bormund.

Anbiete

feinstes Olivenöl

per Liter M. 18,50, bei Abnahme von 5 Liter

per Liter M. 18,—.

Emil Eichenbrenner, Braubach [1082]

Flora

fts. Salmiak-Fettwaschpulver

ist nunmehr in allen Geschäften zu haben.

— Man achte auf die Gutscheine. —

General-Vertreter:

Wilh. Grüber, Coblenz

Schlossstrasse 13. — Telefon 1205.

Sensen- und Sensenbäume,

Sensenringe, Wegsteine,

Schlotterfässer, Eichen,

Spaten, Heu- und Düngegabeln

empfiehlt in größter Auswahl und zu billigsten Preisen

E. Knoche, Nastätten

am Rathaus, früher Weismühle. [1043]

Mädchen,

14 bis 16 Jahre, evang., aus guter bürgerlicher Familie, welches gut erzogen ist, findet auf dem Lande zu so fort bei herrschaftlicher und kinderloser Familie eine gute liebevolle Aufnahme zur Erlernung des Haushalts ohne gegenwärtige Vergütung und guter Verpflegung am liebsten auf dem Lande. Dieselbe muß im Haushalt mit tätig sein.

Gest. Offerten unter M. Z. 1073 an die Geschäftsstelle dieses Blattes

Nievern-Fachbach.

Wir haben eine Nebenstelle unserer Zeitung Nievern bei Herrn

Georg Höhn

errichtet. Die Freunde unserer Zeitung werden gebeten Abonnements, Anzeigen und Drucksachen an die Zweigstelle in Auftrag zu geben.

Lahnsteiner Tageblatt.

Kreisblatt für den Kreis St. Goarshausen.

Stundenfrau

gesucht. [1026]

Näheres i. d. Geschäftsstelle.

Geld

in jeder Höhe monatl. Rückzahlungen verleiht sofort

H. Blume & Co., Hamburg